

Riesner Tageblatt



Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Beruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Weichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 167.

Montag, 21. Juli 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Im Zeichen der Abrüstung.

Auf der gegenwärtigen interparlamentarischen Konferenz in London ist Deutschland außerordentlich schwach vertreten. Die Führung liegt in den Händen von Professor Schäfer und des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Ullrich. 30 sozialdemokratische Abgeordnete, die an der Konferenz teilnehmen wollten, erhielten mit Rücksicht auf die Reichstagsfeier von der sozialdemokratischen Reichstagsadministration keinen Urlaub. Wären sie nach London gefahren, dann wäre vermutlich der Reichstag nicht aufgelöst worden. Indessen haben die deutschen Parlamentarier nicht viel veräußert, denn die deutsche Konferenz war nicht gerade erhellend. Der Wert dieser Konferenz liegt schließlich weniger in den Reden, die gehalten werden, auch nicht in den Entschlüsse, die man annimmt, sondern vielmehr in den persönlichen Beziehungen und Verbindungen, die auf derartigen Zusammenkünften geknüpft werden. Gerade von diesem Standpunkte aus muß man bedauern, daß auf der diesjährigen parlamentarischen Konferenz in London die deutschen Volksvertreter in so geringer Anzahl erschienen konnten.

Es ist verständlich, daß das Memorandum Briands über Panuropa auf der Londoner Konferenz eine große Rolle spielte, zumal wenige Tage zuvor die englische Antwort nach Paris gesandt worden war. Die Engländer legten ihrer Antwortnote eine Denkschrift Sir Arthur Salter's zugrunde, des Leiters der wirtschaftlichen Abteilung des Völkerbundes. Im Gegensatz zu allen übrigen europäischen Ländern, schlagen die Engländer vor, daß Briand seine Ideen vollständig im Rahmen des Völkerbundes verwirklichen soll. Die Franzosen sind von der englischen Erwiderung keineswegs enttäuscht, aber, wie aus ihrer Presse hervorgeht, sehr enttäuscht. Man kann da lesen, daß gerade noch fehlte, daß die Engländer den Vorschlag machten, Briand sollte sein Memorandum auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundsversammlung setzen, damit es dort aufgeteilt und in möglichst vielen Kommissionen des Völkerbundes erörtert würde. Nicht übel!

Der Völkerbund wird nicht darum herumkommen, sich demnächst wieder einmal mit der Abrüstungsfrage zu beschäftigen. Diese bereitete in den letzten Tagen dem amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover viel Kopfzerbrechen. Ein Teil der Senatoren verlangte nämlich die Veröffentlichung des gesamten Atommaterials über die Londoner Seeabklärungskonferenz 1930. Der Präsident lehnte diese Forderung mit der Begründung ab, daß sie nach den diplomatischen Gepflogenheiten in der ganzen Welt schließlich einen Vertrauensbruch bedeuten würde. Auch wäre eine Veröffentlichung mit den öffentlichen Interessen des amerikanischen Volkes nicht vereinbar. Um jedoch alle Gerüchte und Phantasiegedanken aus der Welt zu schaffen, gestattete der Präsident allen Senatoren der Vereinigten Staaten Nordamerikas das persönliche Studium des gesamten Atommaterials. Eine statistische Anzahl von Senatoren machte von der Erlaubnis des Präsidenten Gebrauch. Als einer von ihnen, Senator Johnson aus Kalifornien, dann nach dem Geheimdokument der Seeabklärungskonferenz gefragt wurde, gab er die kurze aber deutliche Antwort: „Alles Unrein!“

Die Plottenfrage spielte in den letzten Tagen auch zwischen Frankreich und Italien eine beträchtliche Rolle. Außenminister Briand ließ seinen italienischen Kollegen Grandi auffallend lange auf eine Antwort warten. Der italienische Außenminister Grandi hatte den Franzosen einen „Plottenvertrag“ für unbeschränkte Zeiten vorgeschlagen. Darauf gingen die französischen Marine- und Militärs nicht ein, auch Briand vermochte sich nicht durchzusetzen, dagegen gelang man den Italienern für das laufende Jahr 1930 zu, nicht weiter zur See rüsten zu wollen. Die Italiener haben daraufhin für diesjähriges Hauptprogramm sofort abgeblasen. Aus Wint von oben ist die italienische Presse mit dieser Entwicklung völlig einverstanden. Der Bruder des Duce Signor Arnaldo Mussolini, betrachtet den Entschluß des Kabinetts Lardieu sogar als ein gutes Omen für die italienisch-französischen Verhandlungen, die nicht bloß auf die tripartitäre Grenzfrage und die tunesische Staatsangehörigkeitsfrage beschränkt wären, sondern sich auch erstrecken auf die Nachfolgerstaaten der alten österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und andere Probleme. In dem Zeitraum von sechs Monaten, der jetzt noch zur Verfügung steht, könnten alle diese Fragen bei gutem Willen gelöst und einer Verständigung entgegengeführt werden. Dieser halbamtliche Optimismus der Italiener verdient alle Beachtung. Wenn der französische Botschafter de Benardais aus seinen Sommerferien wieder nach Rom zurückgekehrt ist, dürfte er dort wieder einmal Gelegenheit zur Fortführung der italienisch-französischen Verhandlungen finden. Die lange sie andauern und ob sie diesmal wirklich zu einem Ergebnis führen wird, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Die Nachrichten, die soden aus Jugoslawien kommen, stimmen nicht gerade ermutigend. Die Diktatur Königin Alexanders erlischt nämlich wegen einer allgemeinen staatlichen Mobilisierungsverordnung, die eine ganz getreue Kopie des Gesetzes in Warschau ist, aller der Geheime und Verordnungen, die von den Franzosen in den letzten Jahren geschaffen wurden. Auch die Jugoslawen haben jetzt einen Landesverteidigungsrat, dem alle Minister und der Generalstab angehören, der unmittelbar vollauf-

Der Rest ist ... Arbeit.

Der Reichstag hat bei seinem plötzlichen Auseinandergehen eine große Menge Reste übrig gelassen. Dazu gehören in erster Linie natürlich die Steuerentwürfe, um die der parlamentarische Konflikt entbrannt war. Der größte Teil von ihnen wird in der kommenden Woche durch neue Notverordnungen in Kraft gesetzt werden. Wie es scheint, wird die Gemeindegeldsteuer aber nicht dabei sein. Unklar ist noch das Schicksal der sozialpolitischen Vorlagen. Die Reform der Arbeitslosenversicherung dürfte gleichfalls durch eine Notverordnung in Kraft gesetzt werden, da sie einen wesentlichen Teil des Sanierungsprogramms bildet, für dessen Durchführung das Kabinett das Recht zur Anwendung des Artikel 48 beansprucht. Dagegen werden die Reichsfinanzen durch die geplante Kranenversicherung-Reform nicht unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Gesetzesentwurf wird daher wohl den nächsten Reichstag beschäftigen.

Eine ganze Menge anderer Vorlagen müssen gleichfalls unerledigt bleiben. Dazu gehört beispielsweise das Amnestiegesetz, gegen das der Reichstag auf preussischen Antrag Einspruch erhoben hatte. Der Initiativantrag der bürgerlichen Parteien zur Wiederherstellung der Vorlage konnte nicht mehr behandelt werden. Außerdem muß das deutsch-polnische Handelsabkommen bis zur Tagung des neuen Reichstages liegen bleiben. Bei dem Diktiergesetz ist infolge einer eigenartigen Lage entstanden, als zwar der eigentliche Gesetzesentwurf im alten Reichstag erst bis zur zweiten Lesung gediehen war, während die dafür erforderlichen Mittel im Reichshaushalt zur Verfügung stehen. Der Reichshaushalt selbst muß, nachdem das beschriebene Postgesetz am 31. Juli abläuft, ebenfalls in Gestalt einer Notverordnung vorläufige Gesetzeskraft erlangen.

Auf der Strecke geblieben ist gleichfalls die Strafrechtsreform, an der bekanntlich schon seit Jahren gearbeitet wird. Der Vorstoß des Strafrechtsausschusses, der greife Professor Kahl, um dessen Lebenswerk es hier geht, hat sich auch in diesem Reichstag bemüht, rechtzeitig ein sogenanntes Ueberleitungsrecht durchzuführen, damit, wie schon früher häufiger, wenigstens die bisher geleistete Arbeit gerettet wird. Der Reichstag ist diesmal, hauptsächlich wohl wegen des Widerstandes der Sozialdemokratie, nicht auf diesen Vorschlag eingegangen. Der Abbruch der Verhandlungen über die Strafrechtsreform ist umso empfindlicher, als man in langen Verhandlungen mit dem österreichischen Parlament den schwierigen Verlauf unternommen hatte, in diesem wichtigen Punkte eine völlige Rechtsangleichung zu schaffen. Es ist zu hoffen, daß das Ergebnis dieser mühseligen Vorarbeiten im neuen Reichstag doch noch auf irgend einem Wege gerettet wird.

Der Aufruf der Deutschnationalen.

K Berlin, 20. Juli. Die Deutschnationale Volkspartei erläßt einen Aufruf zur Reichstagswahl, in dem es u. a. heißt:

Der Young-Reichstag ist gesprengt. Der Young-Reichstag hat unter dem entscheidenden Druck der Sozialdemokratie und unter schwerer Verfassungsverletzung einen Kreditvertrag genehmigt, folgenschwerer, als es der Dawesvertrag von 1924, und schlimmer, als es das Londoner Ultimatum vom Jahre 1921 war. Dieser Reichstag hat Deutschlands Zukunft in Fesseln geschlagen. Ueber die Verteilung der Younglasten ist ein Streit zwischen den Mittelparteien und der Sozialdemokratie ausgebrochen. Ein heißer Klassenkampf der Verfallenen — ein Streit darüber, ob die Reste des deutschen Volkstums oder die Lebenshaltung der deutschen Familien zuerst gespart werden soll.

Diesem Streit hat die Deutschnationale Volkspartei ein Ende gemacht, indem sie den Young-Reichstag sprengte. Nicht ohne parlamentarische Verluste wurde dieser Kampf geführt. Wieder hat eine Gruppe von Abgeordneten die Fahne des Deutschnationalen Blocks verlassen, um der Fahne des Zentrums zu folgen, derjenigen Partei, die eine Klärung im Reich und in Preußen seit länger als zehn Jahren verhindert.

Die Regierung hat Namen und Autorität des Reichspräsidenten ungenügend in Anspruch genommen, um die in sich uneinigten Regierungsparteien aus selbstverschuldeter Krise zu retten. Wir wollen auch jetzt, daß der Name Hindenburg nicht für den Wahlkampf mißbraucht wird, der Name des Feldmarschalls, dem wir ehren, wenn auch der Schmerz darüber unvermindert bleibt, daß er im Youngkampf nicht auf unserer Seite stand.

Die Steuerkraft des verzerrten und aufgelösten deutschen Volkes darf nicht weiter zu dem Verfall mißbraucht werden, gleichzeitig die Klärungen der Großmächte des Auslandes zu finanzieren und im Inlande die hemmungslose Verschwendung der öffentlichen Hand zu

kräftige Entscheidungen fällt. Das Landesverteidigungs-gesetz umfaßt die Mobilisierung der bewaffneten Macht, des Verkehrs, der Finanzen, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeitskräfte. Selbst die Schulen werden für die moralische und physische Erziehung des gesamten Volkes zur Landesverteidigung mobilisiert. Schließlich wird die gesamte Bevölkerung, auch der nichtkriegs-

förderer. In wenigen Jahren ist auf diesem Wege die Steuerlast des Volkes verdoppelt worden. Neue Lasten broden.

Eine Katastrophe von nie gesehenem Umfang steht bevor, wenn nicht durch Verleugnung des politischen Schweregewichts nach rechts die grundsätzliche Abkehr von linker Außenpolitik und klarer Systemwechsel im Innern erreicht wird. Die versprochene und mit unferer Unterstützung eingeleitete Hilfe für die Landwirtschaft kann sich nicht auswirken, wenn die bisherige Handelspolitik nicht geändert wird. Eine wirkliche Ombilfe im Sinne des Reichspräsidenten steht die Verdringung des polnischen Handelsvertrages voraus, den das Kabinett Brünning bereits angenommen hat.

Freie Entwicklung der schaffenden Kräfte der Nation, Erhaltung des Eigentumsbegriffs, Schutz der deutschen Arbeit, Sicherung der kritisch-deutschen Kultur, Erhaltung von Bedenken und Frontsoldatentradition in der deutschen Jugend ist nur möglich, wenn die von der Mitte stets geführte Macht des Marxismus gebrochen wird. So geht der Wahlkampf zugleich um Preußen.

Die Pariser Presse zur Reichstagsauflösung.

M Paris. Die gesamte Presse schenkt der Reichstagsauflösung die größte Aufmerksamkeit und betont den Ernst der Lage. Der Außenpolitiker des Matin meint, Reichsfanzler Brüning, ein weitblickender Mann, sei zweifellos der Ansicht gewesen, daß man sich schon jetzt in Deutschland einer jener Situationen gegenüber befinde, die außerordentliche Maßnahmen rechtfertigen. Wäre es denn nicht früher, wenn die extremen Parteien mit verzerrten Kräften in den Reichstag wiederkehrten? Der Reichsfanzler denke vielleicht im Gegenteil, daß in dem Augenblick, wenn die Ordnungsparteien verloren hätten, sich alle vereinigten würden, um im Lande wieder normale Zustände zu schaffen und gegen die zu kämpfen, die Unruhe stiften wollten.

Journal fragt, was bei den Neuwahlen herauskommen werde. Das Beispiel Sachses zeige, daß die Hochburg der Sozialdemokraten in Preußen für die Kommunisten und die Sozialisten, also für den Umsturz links und rechts gestimmt habe. Optimisten könnten glauben, daß sich aus den Auswüchsen des Bösen schließlich Gutes ergeben und aus der Unordnung wieder die Disziplin entstehen werde. Bis dahin werde man aber ein schönes Durcheinander haben. Das sei eine unangenehme Ansicht für die Durchführung der Reparationszahlungen und für die Stabilisierung in Europa.

Echo de Paris erklärt, die letzte Krise habe wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen. Sie könne vielleicht dazu dienen, eine sühne Außenpolitik zu rechtfertigen und zu haben. Der 14. September sei als Zeitpunkt der Wahlen vom Standpunkt des Völkerbundes und von dem Paneuropas aus schlecht gewählt. Die Völkerbundsversammlung, der Völkerbundsrat und die von Briand geplante Panuropa-Konferenz würden über den Dauen geworfen. Panuropa habe eben Unstid.

Zeit Journal stellt eine Spannung und ein Unbehagen fest, wodurch nicht nur Deutschland, sondern auch die Nachbar Deutschlands denunziert werden müßten. Außerdem ergebe sich aus der Lage, daß auf der nächsten Völkerbundsversammlung Deutschland durch eine Uebergangsgovernment und infolgedessen nur mit einer schwachen Autorität vertreten sein werde.

Journal Industrielle sagt, die Ungewißheit über die Zukunft Deutschlands wache in einem Augenblick, der gerade nicht günstig sei.

Denre führt aus, Reichsfanzler Brüning habe seine Kräfte überschätzt. Er sei durch die Sozialdemokratie gemangelt worden, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, die vielleicht jenen Mittelparteien nicht gerade günstig sein würden, auf denen er die Politik des Reiches aufbauen wollte. Wahrscheinlich würden die Wahlen einen Erlaß der extremen Parteien bringen und den Zusammenbruch der sogenannten gemäßigten Parteien zur Folge haben.

Verhandlungen zwischen Eugenberg und Hitler.

Berlin. (Funkpruch.) Wie die B. Z. am Mittag wissen will, haben zwischen Eugenberg und Hitler am Sonnabend Verhandlungen über ihre Stellungnahme im kommenden Wahlkampf stattgefunden. In diesen Verhandlungen soll beschlossen worden sein, die kommende Wahlkämpfe gemeinsam gegen links zu betreiben.

dienstpflichtige Teil, ohne Unterschied des Geschlechtes, für den Hinterlandsdienst organisiert. Man sieht, es ist nicht vergessen worden. Es fehlen nur noch die Frauenregimenter nach sowjetrussischem Vorbild. Wir können das neue Landesverteidigungsgesetz Jugoslawiens der Abrüstungskommission des Völkerbundes nur bestens empfehlen.